

Antrag vom 24.05.2023	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff Rahmenplan Rosenstein darf die Stadtgesellschaft nicht wieder spalten

Die Erarbeitung des Rahmenplans Rosenstein war ein jahrelanger Prozess im Austausch mit der Stadtgesellschaft, der Verwaltung, dem Gemeinderat und der Fachöffentlichkeit.

Der Siegerentwurf vom Büro asp im Jahr 2019 war die Grundlage für die Weiterentwicklung unter Berücksichtigung der artikulierten Bedürfnisse und Rahmenbedingungen, die ein neues Quartier „unterwegs in die Zukunft“ zu berücksichtigen hat. Die Bürgerschaft und auch der Gemeinderat waren stets informiert und beteiligt – nicht nur in den verschiedenen Fachausschüssen, sondern auch im Rahmen von Werkstattgesprächen sowie in Form einer großangelegten Bürgerbeteiligung, die einzelne Themen meist am Modell in der Ausstellung Eichstrasse ausführlich behandelt haben.

Der Rahmenplan stellt in seiner heutigen Form bereits einen Kompromiss dar, was die Auswirkungen auf die Umwelt und das Stadtklima in der Kessellage betrifft. Auch die Ausgleichsmaßnahmen sind in weiten Teilen vor Ort zu lösen und Inhalte des Konzepts. Im April sollte das hervorragend aufeinander abgestimmte Werk vom Ausschuss für Städtebau und Technik beschlossen werden.

Im März stellte jedoch das alte S21 Bündnis von CDU, SPD, FDP und Freien Wählern einen Antrag, „alle Fakten auf den Tisch zu legen“. Dabei wurden alle diese Themen bereits ausführlich dargelegt. Zunächst wurde der Rahmenplan nochmals in den Städtebauausschuss geschoben, um die Fachexpertise der externen Mitglieder zu hören. Diese bestätigten den komplexen gründlichen Prozess, der seit 2019 auch wichtige neue Themen berücksichtigt. So wurde angemerkt, dass vor 3 Jahren eine CO2 Beurteilung noch kein Thema war, heute jedoch unerlässlich ist. Unverständnis rief im Gremium auch die Absicht hervor, noch dichter und höher bauen zu wollen und dafür den für das neue Quartier, aber auch für das gesamte Stadtklima dringend notwendigen Gleisbogenpark zu reduzieren.

Stuttgart hat künftig eine Verdoppelung der Hitzetage zu erwarten und der Planbereich in absoluter Kessellage darf nicht durch eine höhere Bebauung unverzichtbare Kaltluftströme behindern.

Der fachliche Rat von Expert*innen hat die o.g. Antragsteller nicht überzeugt. Sie haben mit einem weiteren Antrag nachgelegt, nicht nur den Gleisbogenpark zu reduzieren, sondern auch massiv in die bestehende Topografie einzugreifen. Und das trotz der eindrücklich dargestellten CO2 Auswirkungen aufgrund eines immensen Mehraufkommens an Erdaushub und die dadurch verursachten zigtausend zusätzlichen LKW-Fahrten durch den Stadtkessel.

Zudem würden diese Umplanungen einen verdoppelten Umfang bei der Anpassung der Topographie bedeuten und durch die deutlich längere Bauphase für den Rückbau auch der Wohnungsbau deutlich verzögert. Die Idee einer schiefen Ebene für das gesamte Quartier würde außerdem eine erneute Beteiligung, vor allem der Behindertenverbände, notwendig machen. Denn Wohngebiete mit Gefälle sind insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen eine nicht zu unterschätzende Barriere.

Im AKU Fensterreden zu halten, mit allen Mitteln das Klima schützen zu wollen und am anderen Tag dagegen zu handeln, ist für uns ein Unding.

Da diese Forderungen Auswirkungen auf Klima und Umwelt haben werden, soll dies im Fachausschuss Umwelt und Klima (AKU) behandelt werden.

Deshalb beantragen wir:

1. Die klimatischen und umweltrelevanten Auswirkungen der Fragen und Prüfaufträge der Anträge 58/2023 und 144/2023 werden im AKU dargestellt.



Beate Schiener
B90/DIE GRÜNEN-
Gemeinderatsfraktion



Gabriele Munk
B90/DIE GRÜNEN-
Gemeinderatsfraktion



Petra Rühle
B90/DIE GRÜNEN-
Gemeinderatsfraktion